

Bürgergeld

Zusammenfassung von Artikeln aus focus-online:

1: OB Palmer aus Tübingen lässt sich „sein“ Bürgergeld ausrechnen

https://www.focus.de/finanzen/news/tuebingen-oberbuergemeister-in-der-hoehe-unsozial-palmer-rechnet-sein-buergergeld-einkommen-aus-und-ist-entsetzt_id_259504164.html

Palmer zu Bürgergeld: „In der Höhe unsozial“

„Ich habe mal mit meiner *Familie* den Bürgergeldrechner gefüttert. Wenn meine Frau und ich einfach in die Arbeitslosigkeit gehen würden, kämen wir auf 3868 Euro im Monat. Da wird man nicht reich. Aber wenn ich Alleinverdiener wäre, müsste ich schon um die 4500 brutto heim bringen, um dasselbe zu erreichen. (Ich verdiene natürlich deutlich mehr, aber habe auch die höchste Besoldungsstufe von 2000 Beschäftigten bei der Stadt).

2: Lohnt es sich zu arbeiten?

https://www.focus.de/finanzen/news/buergergeld-gleich-migrantengeld-buergergeld-vier-fakten-sollten-sie-kennen-wenn-sie-mit-freunden-diskutieren_id_259515610.html

2a: Eine Familie, in der beide arbeiten, hat ca 350 Euro mehr als Bürgergeldempfänger. Rechnet man die Ausgaben für Fahrten usw hinzu, entsteht kaum noch Mehrverdienst.

2b: Ist das Bürgergeld in Wahrheit ein Migrantengeld?

62 Prozent der Bürgergeldempfänger sind keine deutschen Staatsbürger

2c: Zieht das Bürgergeld Zuwanderer an?

Deutschland gilt als das „gelobte“ Land.

2a: Lohnt sich das Bürgergeld mehr als Arbeit?

Mit dieser Begründung [kündigen](#) Mitarbeiter ihren Job, zumal Bürgergeldempfänger ab 1. Januar mit zwölf Prozent mehr Geld rechnen können. Ein Alleinstehender erhält dann 563 Euro. Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) hat dafür kein Verständnis. „Wenn jemand so bescheuert ist, wegen des Bürgergelds zu kündigen, bekommt er erst mal gar nichts“, sagt er. Der Bundesinnungsverband des Gebäudereiniger-Handwerks wollte es genau wissen und startete eine Umfrage unter seinen Mitgliedsunternehmen.

Das Ergebnis: Knapp 30 Prozent der Betriebe gaben an, dass bei ihnen „bereits mehrere Beschäftigte mit konkretem Verweis auf das Bürgergeld gekündigt oder eine Kündigung in Aussicht gestellt haben“. Weitere 40 Prozent kennen Einzelfälle, in denen dies bereits geschehen ist. Fakt ist also: Natürlich verdienen die allermeisten mehr Geld, wenn sie arbeiten. Nur: Für immer weniger Menschen lohnt es sich, wegen einer Differenz von 300 bis 400 Euro im Monat arbeiten zu gehen

Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel hat das im vergangenen Jahr genau berechnet. Die Ökonomen kommen zu dem Ergebnis, dass der Einkommengewinn für eine durchschnittliche *Familie*, in der beide

Erwachsenen erwerbstätig sind, zwischen 348 und 378 Euro liegt. Umgerechnet auf den Stundenlohn sind das zwischen 2,10 und 2,28 Euro, die Arbeitende mehr verdienen. Die Wissenschaftler bezweifeln, dass dies ein ausreichender Anreiz ist, eine Vollzeitstelle aufzunehmen, da bei der Arbeitsaufnahme auch Kosten wie die Fahrt zu Arbeitsstelle und Kinderbetreuung anfallen und sich mit Aufnahme eines Minijobs bereits fast die Hälfte des Einkommensgewinns realisieren lässt.

Hinzu kommt: Das Bürgergeld kann durch Schwarzarbeit aufgestockt werden, was zwar verboten ist, nach Schätzungen von Steuerrechtsexperten aber in jedem dritten Fall geschieht. Der deutsche Ökonom und Arbeitsexperte Professor Friedrich Schneider, der an der Universität Linz die Schattenwirtschaft als Forschungsdisziplin untersucht, sagt: „Ich schätze, dass rund ein Drittel der erwerbsfähigen Bürgergeld-Bezieher schwarz dazu verdienen. Wenn Bürgergeld-Bezieher schwarzarbeiten und sich so neben der staatlichen Transferleistung etwas dazuverdienen, ist der Anreiz oft höher als einen regulären Job anzunehmen. Dann werden Steuern und Versicherungsbeiträge fällig, die den Verdienst reduzieren.“

Ist die Erhöhung des Bürgergeldes gerechtfertigt?

Aus Sicht der Betroffenen sicher, aus Sicht der Zahler sicher nicht. Im Januar hatte das Bürgergeld als zentrale Sozialreform der Ampelregierung Hartz IV in seiner bisherigen Form abgelöst. Schon damals stiegen die Regelsätze um rund 50 Euro, was etwa zwölf Prozent entsprach.

Nun gibt es Anfang 2024 noch einmal zwölf Prozent obendrauf - macht zusammen 24 Prozent innerhalb eines Jahres - allerdings von einem niedrigen Niveau aus. An sich soll für die Regelsätze des Bürgergeldes im Folgejahr das Lohn- und Inflationsniveau bis zum zweiten Quartal des laufenden Jahres berücksichtigt werden.

In die Berechnung fließen allerdings mehr Verbrauchsgüter und deren Preissteigerungen ein als Investitionsgüter. Tatsächlich ist die aktuelle Erhöhungswelle auch politisch motiviert. Denn die *Inflation* lag im vergangenen Jahr bei maximal acht Prozent und damit bei einem Drittel dessen, was die Bürgergeldempfänger prozentual in einem Jahr mehr kassieren konnten. Zum Vergleich: Die nordwestdeutsche Stahlindustrie, die bei den Tariflöhnen als Schrittmacher gilt, hat gerade einen einmaligen Inflationsausgleich von 1500 Euro plus eine Lohnerhöhung von 5,5 Prozent ausgehandelt, die bis zum 30. September 2025 gilt.

Die übernächste Erhöhung des Bürgergeldes ist auch schon in Sicht: Sie kommt Anfang 2025 und orientiert sich laut Arbeitsminister Hubertus Heil wieder an der Inflation. Tatsächlich wird auch sie wieder politisch umstritten sein.

2b: Ist das Bürgergeld in Wahrheit ein Migrantengeld?

Im ersten Halbjahr 2023 haben vor allem ausländische Familien Bürgergeld erhalten, darunter viele Geflüchtete aus der Ukraine, die einen direkten Anspruch auf diese staatliche Leistung haben. 62 Prozent der Bürgergeldempfänger sind keine deutschen Staatsbürger, wie aus einer Statistik hervorgeht, die das Haus von Arbeitsminister Heil kürzlich veröffentlicht hat. Insgesamt erhalten demnach bis Juli 2023 genau 576.747 Familien Bürgergeld. 354.826 dieser Familien hatten keine deutsche Staatsbürgerschaft. Nur 15 Prozent von ihnen kamen aus einem EU-Mitgliedsland.

Die Gesamtzahlen, nicht nur die Zahl der Familien, liefert der Migrationsmonitor der Bundesagentur für Arbeit. Danach bezogen im Juli 2,9 Millionen Deutsche Bürgergeld, die übrigen knapp 2,6 Millionen waren Ausländerinnen und Ausländer. Neuere Zahlen liegen noch nicht vollständig vor. Das Verhältnis könnte sich aber durch die anhaltend hohe Zahl von Asylberechtigten und Ukraine-Flüchtlingen zu Lasten der deutschen Bezieher verschieben.

Der hohe Flüchtlingsanteil ist dafür verantwortlich, dass die Kosten für Bürgergeld und [Wohnungen in](#) diesem Jahr deutlich höher ausfallen als geplant. Rund 3,2 Milliarden Euro braucht das Ressort von Arbeitsminister Hubertus Heil deshalb mehr.

2c: Zieht das Bürgergeld Zuwanderer an?

Das stimmt nicht. Denn wer als Migrant in Deutschland strandet, hat keinen Anspruch auf Bürgergeld, solange sein Status als Asylbewerber nicht geklärt ist. Asylbewerber erhalten Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, die derzeit etwa 75 Prozent der Höhe des Bürgergeldes ausmachen.

So erhält ein Alleinstehender 410 Euro, während ein Bürgergeldempfänger ab dem kommenden Jahr 563 Euro erhält. Auch die Leistungen für Asylbewerber steigen entsprechend der Inflation, zuletzt zum 1. Januar 2023 um 43 Euro für Alleinstehende.

Dass dieses Geld ebenso wie das Bürgergeld, das fließt, wenn Asylbewerber als solche anerkannt werden, dazu beiträgt, Migranten nach Deutschland zu locken, bestreiten nur diejenigen, die sich vehement für Asylbewerber einsetzen. Alle anderen verweisen darauf, dass Deutschland mit diesen Leistungen weltweit an der Spitze steht und deshalb von außen betrachtet als das gelobte *Land* schlechthin gelten muss.